

EU

»Vertrauen Sie Europa!«

Geteiltes Geld, geteiltes Schicksal: Wenn die EU scheitert, geht der Menschheit ein großes Erbe verloren. Ein Gespräch mit Jacques Delors, dem Vater des Euro

VON Petra Pinzler; Gero von Randow | 20. Mai 2010 - 08:00 Uhr

© Vassil Donev/dpa



Der EU fehle eine Ergänzung der Geld- durch eine Wirtschaftspolitik, sagt der frühere Präsident der EU-Kommission Jacques Delors

DIE ZEIT: Herr Delors, wie schlimm steht es um Europa?

Jacques Delors: Jeder lebendige Organismus durchläuft Krisen. Ich war auch öfter mal richtig krank.

ZEIT: Viele Politiker geben sich hochalarmiert. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy wird grundsätzlich und warnt: Der Euro ist Europa, und Europa ist der Frieden.

Delors: Ein ehemaliger französischer Minister, Jean-Pierre Chevènement, sagte einmal: Wir brauchen Europa nicht mehr, weil den Völkern mittlerweile die Kraft fehlt, gegeneinander Krieg zu führen. Doch ob das wirklich stimmt...

ZEIT: Sie haben die Grundlagen für die Währungsunion gelegt. Was ist schiefgegangen?

Delors: Der EU fehlt eine Ergänzung der Geld- durch eine Wirtschaftspolitik. Die hatte ich schon 1989 in meinem Bericht an den Europäischen Rat gefordert, und der stimmte damals auch zu. Aber danach konzentrierte sich alles nur auf die Geldpolitik. Ein Konstruktionsfehler! Hätten wir den europäischen Institutionen die richtigen Kompetenzen gegeben, hätten sie schon zu Beginn der Exzesse an den britischen oder spanischen

Immobilienmärkten Alarm schlagen können. Sie hätten die Spanier auch darauf hinweisen können, dass ihre privaten Ersparnisse zu gering waren.

ZEIT: Aber die Europäer wollten nun einmal keine Wirtschaftsregierung.

Delors: Die habe ich nie gefordert. Uns fehlt es in der EU doch nicht an Institutionen. Ich wollte mehr Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken. Es gibt ja nicht nur die Wahl zwischen souveränen Staaten mit jeweils eigenen Währungen einerseits und den Vereinigten Staaten von Europa andererseits, nach dem Modell der USA etwa. Insofern ist auch die Alternative falsch, die von den amerikanischen Ökonomen Paul Krugman und Joseph Stiglitz formuliert wird: entweder Zerfall der Euro-Zone oder eine europäische Regierung. Nein, die Nationalstaaten werden fortbestehen, aber sie müssen viel enger zusammenrücken.

ZEIT: Und wenn das nicht geschieht?

Delors: Dann sind zwei Szenarien möglich. Entweder einzelne Länder scheren aus. Das wäre katastrophal, auch für diejenigen, die drinbleiben. Oder aber Europa wird, wie wir Katholiken sagen, eine Messe ohne Glauben.

ZEIT: Heute sind Ihre Vorschläge aus der Gründungszeit des Euro wieder im Gespräch.

Delors: Ich hatte damals auch vorgeschlagen, über europäische Anleihen die nötigen Mittel zu beschaffen, um in bestimmten Mitgliedsstaaten zu helfen, etwa in Zeiten der Rezession. Weil Sie in einer Währungsunion eben nicht nur eine Zentralbank, sondern auch solche wirtschaftspolitischen Instrumente brauchen.

ZEIT: Hätte man mit diesen Mitteln die Schuldenkrise vermeiden können?

Delors: Wir wissen seit Oktober 2009, dass das griechische Defizit sehr groß ist. Und wir wissen schon lange, dass die Griechen die wahren Zahlen versteckt hatten. Im Januar schließlich riefen sie die anderen Länder um Hilfe. Dann dauerte es aber noch vier Monate, bis die Regierungschefs etwas beschlossen hatten. Dieses Zögern hat die Spekulation genährt und die Euro-Skeptiker ermutigt. Hätten wir zu jener Zeit bereits einen europäischen Hilfsfonds gehabt, hätten wir sofort reagieren können.

ZEIT: Und das 750 Milliarden Euro schwere Hilfspaket?

Delors: Das war endlich eine Entscheidung auf der Höhe der Probleme. Es gab ja eine sehr starke Spekulation, und die hört nicht auf, nur weil man schöne Worte spricht. Die Spekulanten lassen nur ab, wenn sie fürchten, Geld zu verlieren.

ZEIT: Der Euro fällt trotzdem.

Delors: Wenn ich mich recht erinnere, hatte er kurz nach seiner Geburt vor zehn Jahren einen Kurs zum Dollar von 1,18. Dann ging er herunter auf 0,79, später stieg er auf 1,50,

und nun liegt er um die 1,23 Dollar. Das ist doch kein Grund, sich von den Analysten verrückt machen zu lassen.

ZEIT: In Deutschland wächst gleichwohl die Angst vor einem weichen Euro. Auch deswegen, weil die Europäische Zentralbank (EZB) nun Schuldtitel der Griechen kauft.

Delors: Vorsicht. Die Bank tut das nur, solange die Geldmärkte nicht funktionieren. Und sie vermeidet jeden Exzess, der zur Inflation führen könnte. Nein, die EZB hat sich lange Zeit zurückgehalten, für manchen Geschmack sogar zu sehr. Aber als es dringend nötig war, hat sie eben die Geldmärkte wieder in Schwung gebracht. Also: Vertrauen! Vor allem in Deutschland: Vertrauen Sie Europa!

Als mein Komitee zu jener Zeit, in der die Währungsunion konstruiert wurde, eine Zentralbank vorschlug, war ihm schon sehr bewusst, wie in Deutschland gedacht wird und welche Ängste es dort gibt. Deshalb ist die EZB heute unabhängig und wird sie es auch bleiben – auch damit nicht eines Tages die D-Mark-Nostalgie in Deutschland überhandnimmt. Die Deutschen sollten außerdem nicht vergessen, dass Europa ihnen viel gibt. Vierzig Prozent ihrer Exporte gehen in die Euro-Zone. Deren Stabilität hat die Exportstrategie der Deutschen unterstützt. Europa gibt ihnen viel, und sie müssen Europa etwas geben: Das war das Credo Helmut Kohls. Heute sollten sie insbesondere akzeptieren, dass Europas Wirtschaftspolitik stärker koordiniert werden muss.

ZEIT: Was bedeutet das konkret?

Delors: Dass jeder, nach einer offenen Diskussion unter den Wirtschafts- und Finanzministern, seine Politik besser anpasst, um die Wachstums-, Beschäftigungs- und Stabilitätsziele zu erreichen. Das ist in einer Wirtschafts- und Währungsunion unumgänglich. Das System würde außerdem besser funktionieren, wenn es ein Minimum der Steuerharmonisierung gäbe, und zwar in zwei wesentlichen Punkten: Unternehmens- und Kapitalertragsteuern. Man darf kein Steuerdumping mehr zulassen wie etwa im irischen Fall: Das Land hatte viel Unterstützung aus dem Strukturfonds erhalten und zugleich extrem wenig Steuern erhoben.

ZEIT: In Frankreich sieht man auch bei den Deutschen Dumping: Ihr Exporterfolg beruhe darauf, dass sie die Lohnkosten radikal gesenkt hätten.

Delors: Man kann doch nicht einen guten Schüler bestrafen in der Hoffnung, dass dadurch die anderen besser werden! Andererseits wüsste man schon gerne, ob Europa für Deutschlands Regierende heute immer noch so wichtig ist wie einst für Adenauer, Schmidt und Kohl.

ZEIT: Zweifeln Sie daran?

Delors: Ich stelle nur die Frage.

ZEIT: Wem?

Delors: Ihren Lesern. Mehr will ich dazu nicht sagen.

ZEIT: Nicht nur in Deutschland blicken die Bürger kritisch auf Europa.

Delors: Es gibt da eine Gesamtstimmung, ja. Sie wird von zwei Entwicklungen beeinflusst. Erstens von der Globalisierung. Die verwirrt die Bürger. Angesichts des Zusammenpralls des Lokalen mit dem Globalen suchen sie eine Instanz, von der sie glauben können, dass sie die Dinge im Griff hat. Da bietet sich die Nation an. Just deswegen sind Politiker versucht, zu einer kleinen Dosis Populismus und einer größeren Portion Nationalismus zu greifen. Dazu kommt, zweitens, ein gesteigerter Individualismus. Ich bin schon oft jungen Leuten begegnet, die mir sagten: Ich bin der einzige Richter meiner selbst. Darin sehe ich eine Gefahr für die Gesellschaft, die Demokratie, die Solidarität – auch für die in Europa.

ZEIT: Also eine Generationenfrage?

Delors: Wissen Sie, frühere Generationen haben ein Europa grausamer Kriege erlebt. Ihre Kinder haben dann entschieden, dem ein Ende zu machen. Ohne etwas zu vergessen, im Gegenteil. Und zwar so, dass gegenseitiges Verständnis der unterschiedlichen Kulturen entsteht, indem man gemeinsam ein Ganzes baut. Das waren die Gründerväter. Ist ihr Erbe heute verloren gegangen? Das ist die Frage. Ich stelle sie nicht nur den Deutschen, sondern auch den Franzosen, den Italienern, eben den Gründungsländern.

ZEIT: Auf die Frage, was uns zusammenhält, hört man aus Ihrer Generation häufig das Wort »Frieden«. Ist da noch mehr?

Delors: Europa ist ein Raum, der durch die griechische Demokratie, das jüdisch-christliche Erbe, die Reformation, die Aufklärung und den Einfluss der arabisch-islamischen Welt kulturell geformt wurde. Das ist das Europa, das sich von Amerika, Japan und den anderen Räumen der Welt unterscheidet. Es wird geeint durch eine Art offenen Universalismus, ein bestimmtes Verhältnis zu den großen Fragen von Leben und Tod – ob man nun gläubig ist oder nicht. Alles das und die Fähigkeit zur Toleranz, das sind die europäischen Werte. Sollten wir mit der EU scheitern, dann drohte dieses Erbe der Menschheit verloren zu gehen.

ZEIT: Trotz dieser Gemeinsamkeiten zeigt sich, dass es im Umgang mit dem Markt, dem Geld...

Delors: ...erhebliche Unterschiede gibt, gewiss. Die offene soziale Marktwirtschaft der Deutschen, die staatsinterventionistische Wirtschaftskultur der Franzosen, die recht amerikanischen und zugleich von der Tradition der Arbeiterbewegung beeinflussten Angelsachsen und schließlich Nordeuropa, das der reinen sozialdemokratischen Lehre folgt, anders übrigens als Deutschland: Das alles ist schon sehr vielfältig. Aber was uns verbindet, das ist die Idee des sozialen Dialogs. Demokratien in Europa ruhen auf zwei

Pfeilern, einem politischen und einem sozioökonomischen. Deswegen haben etwa die Gewerkschaften 1992 den Gemeinsamen Markt unterstützt. Und nicht, weil sie etwa zu thatcheristischen Freihändlern geworden wären. Dieses Europa entsprach vielmehr ihren Idealen von Solidarität und Brüderlichkeit.

ZEIT: Das wechselseitige Verständnis ist gleichwohl nicht gewachsen, nehmen wir nur Frankreich und Deutschland.

Delors: In Frankreich hält man den Deutschen vor, sie seien Trittbrettfahrer. Die Deutschen dagegen sehen bei uns nur die sogenannte Grande Nation, deren Staat überall in die Wirtschaft eingreift. Man versteht einander nicht recht, daran muss man wirklich sehr ernsthaft arbeiten. Denn die Zukunft Europas hängt schon stark vom deutsch-französischen Paar ab.

ZEIT: Und wenn einer von beiden nicht mag?

Delors: Nun, wenn es die Deutschen nicht mehr interessiert ... dann eben nicht. Aber das wäre dramatisch.

ZEIT: Was empfehlen Sie den Regierungen für die kommenden Wochen?

Delors: Die Finanzkrise hat eine alte Weisheit bestätigt: Macht strebt nach Missbrauch. Jetzt muss daher alles getan werden, die Spekulation einzugrenzen. Versetzen Sie sich bitte in die Lage eines Bürgers, der mit 800 oder 1200 Euro im Monat auskommen muss: Stolz wurde ihm verkündet, man habe die Banken gerettet – die nun wieder glänzende Resultate ausweisen und schwindelerregende Boni bezahlen. Was soll er von den europäischen Institutionen denken? Um sein Vertrauen nicht zu verlieren, sind jetzt andere Regeln nötig.

ZEIT: Auch neue Verträge?

Delors: Nein, die Regierungen sind der neuen Verträge müde. Es genügen Verabredungen. Ein Pakt, der den Stabilitätspakt ergänzt.

ZEIT: Und wenn die 27 Regierungen auch das nicht alle wollen?

Delors: Dann macht es die Euro-Gruppe allein.

ZEIT: Die Spekulanten legen immerhin den Finger in die Wunde.

Delors: Jetzt müssen die Defizite in Europa abgebaut werden – aber auf kluge Weise, ohne die Konjunktur damit abzuwürgen. Wir dürfen insbesondere nicht die Investitionen in Bildung und Innovation kappen. Und wenn das alles am Ende zu mehr Konvergenz führt, dann macht Europa sogar einen großen Schritt. Noch einmal: Der Wille zur Zusammenarbeit ist die Bedingung für den Erfolg der EU und namentlich der wirtschaftlichen und monetären Union.

Das Gespräch führten **Petra Pinzler** und **Gero von Randow**

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 20.05.2010 Nr. 21

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/21/Jacques-Delors-Gespraech>